

Vor allem auf den Quellenschutz bedacht

Trinkaus-Ausschuss: Beim Geheimdienst versackten Informationen über eine Straftat

Der Verfassungsschutz sei doch „kein Strafverfolgungsorgan“ – dieser Hinweis war in der Sitzung des Untersuchungsausschusses 5/2 des Thüringer Landtags, dem sogenannten Trinkaus-Untersuchungsausschuss, am 7. Februar gleich mehrfach zu hören. Geäußert wurde er während der Zeugenvernehmung des Polizeidirektors Gerd Lang, derzeit Leiter des Bildungszentrums der Thüringer Polizei und Mitte der 2000er Jahre mehrjährig Vizepräsident des Thüringer Geheimdienstes „Landesamt für Verfassungsschutz“.

Natürlich will kein Mitglied des Untersuchungsausschusses dem Verfassungsschutz Polizeibefugnisse übertragen. Das „Trennungsgebot“ von Nachrichtendienst und Polizei ist eine wichtige Schlussfolgerung aus dem Terror der Gestapo. Wie geht der Thüringer Geheimdienst aber mit Informationen über Straftaten um?

Das Aufklärungsinteresse des Ausschusses war auf Ereignisse im Zusammenhang mit einem Vorfalle am 1. Mai 2007 in Erfurt gerichtet. Neonazis hatten nach ihrem Aufmarsch im Hauptbahnhof einen TLZ-Fotojournalisten attackiert und dessen Kamera gestohlen. Ein Spitzel („V-Mann“) meldete dem Verfassungsschutz nicht nur den Täter, sondern lieferte auch eine CD mit Fotos vom Speicher der Kamera ab.

Dann geschah Merkwürdiges, wie ein Mitarbeiter des Landesamtes vor dem Untersuchungsausschuss aussagte: ihm als V-Mann-Führer sei unter sagt worden, den Sachverhalt und den Namen des Täters in einem dienstlichen Vermerk festzuhalten sowie weitere Ermittlungen anzustellen. Und das von Vizepräsident Lang persönlich, in jener Zeit noch dazu in Personalunion Abteilungsleiter für Beschaffung sowie für Auswertung – also eine Art graue

Eminenz des Landesgeheimdienstes. Warum er das angeordnet habe und warum keine Meldung an die Polizei erfolgte, wurde Lang von Ausschussmitgliedern gefragt.

Der vermochte sich an den konkreten Vorgang zwar nicht zu erinnern, zeigte allerdings großes Verständnis für ein derartiges Verbot, hielt den Ablauf durchaus für wahrscheinlich. Lang verwies als Motiv immer wieder auf den „Quellenschutz“, nach seinem Ver-

halt, Hessen und Bayern zusammenge- rötet hatten: „Die Demonstration in Erfurt übertraf hinsichtlich der Teilnehmerzahl alle vergleichbaren Veranstaltungen, die vom rechtsextremistischen Spektrum seit mehr als 10 Jahren in Thüringen organisiert wurden.“ Der frühere Thüringer Verfassungsschutzpräsident Thomas Sippel, ebenfalls am 7. Februar als Zeuge vernommen, konnte sich nicht an ein konkretes Verbot erinnern, den Namen des mutmaß-



ständnis offenbar Grundprinzip des Dienstes. Soll heißen: das ungetrübte Vertrauensverhältnis zum Spitzel und dessen Schutz in der Neonazi-Szene ging über die Aufklärung einer schweren Straftat.

Nach seiner Einschätzung der generellen Bedeutung dieses 1. Mai 2007 gefragt, relativierte Lang: er kenne aus seiner Dienstzeit als Polizeibeamter Ereignisse von weit größerer Dimension. Das Landesamt, zu dessen unmittelbarer Leitung er in jener Zeit gehörte, sah das indes anders. Im Verfassungsschutzbericht 2007 heißt es zu den Vorgängen, zu denen sich nach Angaben des Amtes bis zu 1.000 Neonazis aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-An-

lichen Straftäters in einem Vermerk zu notieren. Sippel betonte, er halte es „für undenkbar“, dass während seiner Amtszeit mit seiner Billigung so verfahren worden sei. Die Glaubwürdigkeit des Mitarbeiters stellte aber auch er nicht in Frage. Aufschlussreich waren weitere Ausführungen von Lang zum Legalitätsprinzip – der grundsätzlichen Verpflichtung von Strafverfolgungsbehörden, bei Kenntnis von Straftaten ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen. Das sei im Landesamt nicht einzuhalten, so Lang. Durch die dort beschäftigten Mitarbeiter sei das nicht zu leisten, sonst könnten sie ihre Geheimdienst-Tätigkeiten gar nicht ausführen.

Stefan Wogawa

VON A BIS Z:

Nebenjobber

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Zahl derjenigen Menschen, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch einen Minijob ausüben müssen, mehr als verdoppelt. Dazu MdL Ina Leukefeld (LINKE): „Wenn immer mehr Menschen in Thüringen zwei Jobs zum Überleben brauchen, dann ist dies ein wortwörtliches Armutszeugnis für die Politik der Thüringer Landesregierung und ein erneuter Beweis für die dringende Notwendigkeit eines wirklich existenzsichernden Mindestlohnes in Deutschland!“

Mehr als 35.000 Thüringerinnen und Thüringer sind hiervon betroffen. „Es ist ein Skandal, welches Ausmaß prekäre Beschäftigung in Thüringen erreicht hat. Mehr als ein Drittel aller Thüringer Beschäftigten arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, viele weit unterhalb des Existenzminimums. Die Bilanz von fünf Jahren schwarz-roter Politik ist leider weit entfernt von dem ursprünglich ausgegebenen Credo der Guten Arbeit“, sagte die Abgeordnete.

„Zugleich sind diese Zahlen ein Mahnruf an diejenigen, die immer noch gegen den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn wettern und überlegen, wie sie dort möglichst viele Ausnahmen platzieren können.“

Anstatt möglichst viele Menschen auszuschließen, muss die Debatte darüber geführt werden, wie nun zügig der Mindestlohn auf ein existenzsicherndes Niveau von mindestens zehn Euro pro Stunde angehoben werden kann“, forderte Ina Leukefeld.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden vom 26. bis 28. Februar sowie vom 19. bis 21. März statt.

Demokratie-Tagung:

Eine weitere Direkte-Demokratie-Tagung der Landtagsfraktionen der LINKEN, der SPD und Grünen zusammen mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“ findet am Dienstag, den 4. März, von 14 bis 19 Uhr im Landtag in Erfurt statt. Das Thema lautet: „Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin – Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de.

Altenpflege

Nach einer neuen Studie werden in Thüringen bis zum Jahr 2030 fast 8.000 zusätzliche Altenpflegerinnen und Altenpfleger benötigt. Knapp 3.400 Pflegefachkräfte werden allein gebraucht, um in Rente gehende Fachkräfte zu ersetzen. „Die wissenschaftliche Analyse zeigt, dass es noch große Reserven bei der Ausgestaltung des Thüringer Pflegepaktes gibt und dass gegenwärtige Maßnahmen für die verkürzte Ausbildung in der Altenpflege erst in zwei Jahren greifen werden“, sagt MdL Jörg Kubitzki. DIE LINKE fordert finanzielle Unterstützung für das dritte Ausbildungsjahr auch über 2015 hinaus und die Schaffung weiterer Kapazitäten, um mehr verkürzte Ausbildungen zu ermöglichen.

Gastpredigt

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, hat am 23. Februar in der Gedächtniskirche in Berlin zum Thema Zinsverbot eine Predigt gehalten mit dem Titel „Das biblische Zinsverbot und die heutige Wirtschaftsordnung“. Die Veranstaltung ist Teil der Gottesdienstreihe „Reformation & Politik“, in der in den kommenden Monaten Vertreter verschiedener politischer Parteien mit evangelischem oder katholischem Hintergrund in der Gedächtniskirche erwartet werden. Bereits im Oktober vergangenen Jahres predigte Ramelow im Rahmen des evangelischen Themenjahrs in der St.-Thomas-Kirche des Kirchenkreises Berlin Stadtmitte zur Flüchtlingspolitik. Der aktuelle Predigttext unter: www.bodo-ramelow.de.

Bufris

„Auch wenn der Bundesfreiwilligendienst aus linker Sicht keine sinnvolle Arbeitsmarktiniziative ist, werden durch den jetzt veranlassten altersdiskriminierenden Einstellungsstopp viele soziale und kulturelle Vereine in Thüringen in ihrer Arbeit massiv behindert“, warnte MdL Dr. Birgit Klaubert. Viele Vereine, die bereits Zusagen für „Bufris“-Stellen erhalten und dementsprechend ihre konzeptionellen Planungen für das kommende Jahr ausgerichtet hatten, stünden nun vor dem Problem, ihre Angebote teilweise gar nicht aufrecht erhalten zu können, monierte die Kulturpolitikerin der Linksfraktion und kündigte an: „Wir werden uns der Situation der in Thüringen betroffenen Vereine annehmen.“